Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 17. Jänner – 6. März 2018⁵⁰

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
22. Jänner 2018	Eurogruppe	 Griechenland: 3. Makroökonomisches Anpassungsprogramm: Erzielung einer politischen Einigung, ESM bereitet die Auszahlung einer Tranche in Höhe von insgesamt 6,7 Mrd EUR. vor. Geplant sind 2 Teiltranchen: 5,7 Mrd und 1 Mrd EUR. Neuer Vorsitzender der Euro Working Group: Hans Vijlbrief (NL) ist Nachfolger von T. Wieser. Seine Funktionsdauer beträgt zwei Jahre mit Beginn am 1. Februar 2018. WWU: Beratung über weitere Vorgangsweise. Hohes Interesse an der Weiterentwicklung der Bankenunion und dem ESM, fiskalischer Kapazität und verbesserten Fiskalregeln. Europäisches Semester: Die Finanzminister einigen sich auf fünf Empfehlungen mit Priorität Wachstum und Beschäftigung, fiskalische Angelegenheiten, Funktionieren des Arbeitsmarktes, Finanzsektor und Architektur des Euro-Währungsgebietes. Portugal: Information über die 7. Überwachungsmission nach Abschluss des Anpassungsprogramms, welche vom 29.11. bis 6.12.2018 in Lissabon stattfand. Fortschritte ergeben sich aufgrund der Beschleunigung des Wachstums, einer beständigen Verringerung der Arbeitslosenrate, Verbesserung des Marktzugangs und des Credit Ratings. Risiken bestehen weiterhin aufgrund des zu hohen NPL-Bestands und der hohen öffentlichen Verschuldung.
23. Jänner 2018	ECOFIN Rat	 Vertiefung WWU: Mehrheit der MS sprach sich bei der WWU-Vertiefung für einen "inklusiven Approach" aus (d. h. einschließlich der Nicht-MS des Eurowährungsgebiets). Arbeitsprogramm der Ratspräsidentschaft von BG: Wichtigste Prioritäten in der Finanzwirtschaft: Risikoreduktion, EDIS, CMU, WWU-Vertiefung, Europäisches Semester 2018; Weiters Prioritäten bei direkten und indirekten Steuer. Non-performing-loans (NPL): Präsentation des ersten Fortschrittsberichts zum Aktionsplan zum Abbau notleidender Kredite durch die EK: Unterschiedliche Fortschritte in den MS,

 $^{^{50}}$ Autorinnen: Christiane Kment und Christina Lerner (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		Gesamtvolumen 950 Mrd EUR; weitere Maßnahmen folgen im März-Paket.
25. Jänner 2018	EZB-Rat	Schwerpunkte:
		 Zinssätze: Beim EZB-Rat am 25. Jänner wurde beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw0,40 % zu belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden. Geldpolitische Sondermaßnahmen: Der EZB-Rat bestätigte, dass
		der Nettoerwerb von Vermögenswerten im neuen Umfang von monatlich 30 Mrd EUR bis Ende September 2018 oder erforderlichenfalls darüber hinaus erfolgen soll und in jedem Fall so lange, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit seinem Inflationsziel im Einklang steht.
19. Februar 2018	Eurogruppe	Schwerpunkte:
		 Griechenland: 3. Makroökonomisches Anpassungsprogramm: Erzielung weiterer Fortschritte, von 110 Maßnahmen sind noch 2 offen. Nach Erfüllung dieser beiden kann die Teiltranche von 5,7 Mrd EUR voraussichtlich in der zweiten Märzhälfte freigegeben werden. Am 26.2. begann die vierte finale Überprüfungsmission in Athen. Irland Post-Programme Überwachung: kein Risiko bei den Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem EFSF. Zukunft des ESM: MS untersetzten die Funktion des ESM als Backstop, sowie für erweiterte Rolle im Krisenmanagement. Bankenunion: Diskussion unter Mitwirkung von SSM (Daniele Nouy) und SRB (Elke König). Präzisierung bei Risikoreduzierung und –teilung (Roadmap vom Juni 2016 umsetzen, Risikoteilungsmaßnahmen umsetzen).
20. Februar 2018	ECOFIN Rat	 Sustainable Finance: Erörterung der Empfehlungen einer hochrangigen Expertengruppe. EU-Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen soll zur Umsetzung des VN-Klimaschutzübereinkommens von 2015 beitragen. Sustainable Finance ist Bestandteil der Schaffung einer CMU bis 2019. EK veröffentlicht am 7.3. einen Aktionsplan. Vize-Präsident der EZB: formale Annahme der Empfehlung der EG für den Kandidaten L. des Guindos als Nachfolger von V. Constancio dessen Mandat am 31.5.2018 endet. Funktionsdauer 8 Jahre, nicht verlängerbar. Endgültige Entscheidung beim ER am 2223.3.2018.

		 Schlussfolgerungen des Rates zu den Haushaltsleitlinien für 2019: Annahme der Sschlussfolgerungen, Aufruf zu einer umsichtigen Haushaltsführung, Schwerpunkt auf Programmen und Maßnahmen, die einen zusätzlichen Nutzen auf EU-Ebene bringen.
23. Februar 2018	Informeller ER	 EU-Budget nach 2020: Politische Prioritäten des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), wie Bekämpfung der illegalen Migration, Verteidigung und Sicherheit wurden nicht in Frage gestellt. Mehrheit der MS sprach sich für Ausgabenerhöhung aus; jedoch 4 MS sprachen sich dagegen aus: AT, DE, DK, NL. Diskutiert wurde auch die Einführung von Konditionalitäten als Voraussetzungen für den Erhalt von Förderungen, weiters das Ende von Rabatten (AT hat derzeit noch einen) und die durch Brexit entstehende finanzielle Lücke. Es wird nun der EK-Vorschlag am 2.5. abgewartet. Eine politische Einigung mit Ende 2018 vor den Europäischen Wahlen im Mai 2019 wird als schwierig angesehen. Österreich kommt während seiner Ratspräsidentschaft in der 2. Hälfte 2018 eine bedeutende Vermittlerrolle zu. Institutionelle Fragen: Diskutiert wurde die Zusammensetzung des EP nach den Europawahlen 2019 (Ziel: weniger MS, weniger Sitze; Reduzierung von MEPs von 751 auf 705) und die Möglichkeit transnationaler Listen (Entscheidung nach 2019), sowie Art und Weise der Besetzung führender EU-Positionen (laut Vertrag wird der EK-Präsident durch ER nominiert und ist nicht automatisch der Spitzenkandidat der Gewinnerpartei der Europäischen Wahlen). Brexit: Information über den Entwurf der Leitlinien über die künftigen Beziehungen zwischen EU und VK, welche auf dem ER am 22./23.3. diskutiert wurden. Es wird kein "Rosinen-Picken" oder einen Gemeinsamen Markt "a la carte" geben, so EU Kommissar Barnier. EU 27 müssen weiterhin Einigkeit zeigen.